

# ISLAMISCHE PARTEIEN UND DEMOKRATIE IN INDONESIA

## ERFAHRUNGEN AUS DEM GRÖSSTEN MUSLIMISCHEN LAND DER WELT

*Jan Woischnik / Philipp Müller*

Mit den Umbrüchen in der arabischen Welt und den anschließenden Wahlerfolgen islamischer und islamistischer Parteien in verschiedenen Ländern ist die Rolle des politischen Islam beim Aufbau und der Stabilisierung demokratischer Staatswesen erneut ins Blickfeld der weltweiten Öffentlichkeit geraten. Die aktuelle und zukünftige Politik der neuen Akteure auf dem demokratischen Parkett gilt internationalen Beobachtern als konkreter realpolitischer Testfall für die Kompatibilität islamischer Parteien mit Werten wie Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Gleichberechtigung in der gesamten muslimischen Welt. Dabei gibt es längst Erfahrungen aus der Praxis, wonach Parteien mit einer dezidiert islamischen Agenda nach systemischen Umbrüchen und anschließenden Wahlen eine maßgebliche Mitregierungsverantwortung zukam. Dazu zählt Indonesien. In dem südostasiatischen Land leben die meisten Muslime weltweit, seit nunmehr 15 Jahren ist das Inselreich ein demokratischer Staat – und das unter entscheidender Mitwirkung islamischer Parteien.

Was sind dies für Parteien, und was zeichnet sie programmatisch und ideologisch aus? Was bedeutete für sie das Ende einer autoritären Ära (Suharto 1998) und die nachfolgende demokratische Öffnung (*reformasi*), und welche Entwicklung haben sie seither genommen? Waren und sind sie als Herausforderung oder vielleicht sogar als Chance für die indonesische Demokratie anzusehen? Und nicht zuletzt: Welche Erkenntnisse kann die demokratische Erfahrung Indonesiens mit islamischen Parteien – trotz aller kultureller und politischer Unterschiede – etwa für die



Dr. Jan Woischnik ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indonesien und Ost-Timor.



Philipp Müller ist Trainee im Auslandsbüro Indonesien und Ost-Timor und Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Länder der arabischen Welt und, damit einhergehend, für die mit der Demokratieförderung betrauten internationalen Akteure gegebenenfalls liefern?<sup>1</sup>

### **POLITISCHER ISLAM IN INDONESIA: AUS DEM UNTERGRUND AUF DIE REGIERUNGSBANK**

Indonesien ist das größte muslimische Land der Welt. 88 Prozent der rund 240 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Das südostasiatische Inselarchipel, das durch Händler vom indischen Subkontinent im 16. Jahrhundert erstmals islamisiert wurde, hat dennoch keine islamische Staatsform bzw. ist kein islamischer Gottesstaat, sondern erlaubt unter Bezugnahme auf die offizielle Staatsideologie der *Pancasila* ausdrücklich das Bekenntnis zu sechs Religionen: Islam, Protestantismus, Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Seit der *reformasi* von 1998 hat das Land eine demokratische Staatsverfassung. Daran hat sich bis heute nichts geändert, wenngleich seit wenigen Jahren von einer demokratischen Stagnation gesprochen wird, die sich vor allem dadurch bemerkbar macht, dass die qualitative Weiterentwicklung demokratischer Prozesse, Strukturen und Institutionen ins Stocken geraten ist. Zwar stellten islamische Massenorganisationen seit ihrer Gründung in den 1920er und 1930er Jahren immer wieder auch politische Forderungen, politische Parteien mit klar muslimischer Agenda existieren allerdings erst seit der Unabhängigkeit Indonesiens von den Niederlanden.<sup>2</sup>

- 1 | Dieser Beitrag behandelt in Anlehnung an den Titel dieser Ausgabe der *Auslandsinformationen* vornehmlich die islamisch orientierten politischen Parteien und nur in einem sehr kurz gehaltenen Exkurs zusätzlich das in Indonesien umfangreiche und vielschichtige Phänomen des Islamismus bzw. politischen Islam außerhalb des Parteienspektrums. Auch werden die äußerst einflussreichen muslimischen Massenorganisationen Muhammadiyah oder Nahdatul Ulama (NU) nur mit Blick auf deren Einfluss auf politische Parteien behandelt. Der Beitrag erhebt somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
- 2 | Indonesien hatte bereits am 17. August 1945 seine Unabhängigkeit von der niederländischen Kolonialmacht erklärt. In den darauffolgenden Jahren kam es allerdings wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Indonesien und der langjährigen Kolonialmacht Niederlande, so dass Indonesien letztlich erst nach einer VN-Konferenz in Den Haag 1949 auch rein formal seine Souveränität erhielt. Vgl. VN, „World Recognition and Indonesia’s Sovereignty“, <http://www.un.int/indonesia/Indonesia/Indonesia/Indonesia-2.html> [27.07.2013].

Unter Staatsgründer und Präsident Sukarno (1945 bis 1967) und dessen Nachfolger Suharto (1967 bis 1998) wurde der Islam als Religion zwar gefördert, als politische Ideologie jedoch zurückgedrängt und marginalisiert, wenngleich er im Gegensatz zu anderen muslimischen Ländern nicht zum ausgesprochenen Erzfeind der herrschenden säkularen Machtelite erklärt wurde.



Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono: Vier islamische Parteien sind Teil seiner Regierungskoalition. | Quelle: Marcello Casal, Agência Brasil ©🇮🇩.

Nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft brachte die Asienkrise den Stein ins Rollen, und Indonesien erlebte 1997 eine demokratische Öffnung, die neben einer neugewonnenen zivilgesellschaftlichen Freiheit auch zahlreiche Parteigründungen ermöglichte. Auch die religiös-politische Szene – zu Zeiten Suhartos in soziale und humanitäre Bereiche verdrängt – erwachte aus ihrem während der *Orde Baru* (sog. „Neue Ordnung“ unter Suharto) erzwungenen Dornröschenschlaf. Die Folge war die Gründung von 42 Parteien mit islamischer und islamistischer Symbolik oder Ideologie. Davon erfüllten letztendlich 20 die notwendigen Voraussetzungen, um bei der ersten Wahl nach dem Ende der Ära Suharto im Jahr 1999 antreten zu können.<sup>3</sup> Die Hälfte davon errang mindestens einen Sitz im Nationalparlament. Einige dieser Parteien spielen seitdem eine entscheidende Rolle beim Auf- und Ausbau der indonesischen

3 | Bahtiar Effendi, *Islam and the State in Indonesia*, Ohio University Press, Ohio, 2004, 200.

Demokratie, indem sie bei nationalen Wahlen teilweise einen erheblichen Stimmenanteil generieren konnten oder etwa Teil der verschiedenen Regierungskoalitionen waren oder noch immer sind. Ihre Spitzenfunktionäre und Eliten besetzen wichtige Posten in Politik und Kabinett, Verwaltung und Institutionen des indonesischen Staates.

### **ISLAMISCHE UND ISLAMISTISCHE PARTEIEN IN INDONESIEN – HERKUNFT, PROFIL UND PROGRAMM VON PKS, PKB, PAN UND PPP<sup>4</sup>**

In der seit 2009 regierenden Sechs-Parteien-Koalition unter Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono von der *Partai Demokrat* (Demokratischen Partei, PD) sind vier islamische Parteien vertreten. Die mitgliederstärkste, erfolgreichste und damit derzeit noch immer einflussreichste islamische Partei in Indonesien ist die *Partai Keadilan Sejahtera* (Wohlfahrts- und Gerechtigkeitspartei, PKS). Sie wurde von jungen Intellektuellen der Missionsbewegung *Tarbiyah* gegründet und ist Nachfolgerin der Partei PK, die es bei den ersten freien Wahlen nicht in das Parlament

**Gewählt wurde die PKS zunächst vor allem von gebildeten urbanen Mittelschichten, über die Jahre hinweg konnten jedoch immer mehr Wählerstimmen auch aus dem ländlichen Milieu gewonnen werden.**

schaffte und sich aufgrund dessen eine tief greifende institutionelle und organisatorische Neuordnung verschrieb. Den Gründern diente lange die ägyptische Muslimbruderschaft als programmatische Inspiration.

Gewählt wurde sie zu Beginn ihrer parlamentarischen Laufbahn vor allem von gebildeten urbanen Mittelschichten im Großraum Jakarta, über die Jahre hinweg konnten jedoch immer mehr Wählerstimmen auch aus dem traditionalistisch-ländlichen Milieu gewonnen werden. Die PKS ist die einzige echte Kaderpartei Indonesiens, sie betreibt eine systematische Jugendarbeit zur Ausbildung zukünftiger Politiker sowie professionelle Rekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. PKS-Mitglieder durchlaufen ein jahrelanges Training in Kleingruppen. Bestandteil solcher Trainings sind nicht nur politische Lehrvorträge und Themen wie Wahlkampfführung, sondern auch Meditations- und Beichtübungen sowie Koranrezitationskurse.

4 | Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden hier nicht alle existierenden islamischen und islamistischen Parteien diskutiert, sondern lediglich die wichtigsten Parteien, die darüber hinaus Mitglied der aktuellen Regierungskoalition sind.

Dies bezeichnen Kritiker als „ideologisch-religiöse [...] Indoktrination“.<sup>5</sup>

Mittlerweile gibt sich die PKS moderat islamisch und wirbt für Werte wie Ehrlichkeit und Gerechtigkeit sowie den Kampf gegen Korruption, Prostitution und Drogen. Sie betont, dass zwar alle Themen ihrer Agenda durch den islamischen Hintergrund der Parteifunktionäre geprägt seien, sie aber nicht die Errichtung eines Islamstaats anstrebe. Zu Beginn war das Ziel allerdings eine auf demokratischem Weg einzuführende islamische Gesellschaft, die ihre Grundlage in der Scharia haben sollte. Seit der Gründung und bis zu den Wahlen 2004 wurde von Seiten der PKS stark für die Einführung der Scharia geworben, seitdem wurde aber immer mehr Abstand von derartigen islamistischen Zielsetzungen genommen. So konzentrierten sich die Parteistrategen und Wahlkämpfer zuletzt mehr auf das Thema der Korruptionsbekämpfung, mit Erfolg: Bei den Wahlen 2009 erreichte die PKS mit 7,8 Prozent das beste Ergebnis aller islamischen Parteien. Ihre Wählerschaft fand die PKS vor allem im religiös-geprägten, urbanen Milieu, wo sie sich als Law-and-order-Partei inszenierte und gegen die indonesischen Grundübel Korruption und Nepotismus vorzugehen versprach.

**Bis zu den Wahlen 2004 wurde von Seiten der PKS stark für die Einführung der Scharia geworben, seitdem konzentrierten sich die Parteistrategen jedoch mehr auf das Thema der Korruptionsbekämpfung.**

Auch das programmatische Vorbild hat im Laufe der Jahre gewechselt. Auf der Suche nach ideologischen, institutionellen und programmatischen Modellen hat sich die PKS in den letzten Jahren immer mehr von der ägyptischen Muslimbruderschaft entfernt, der sie lange Zeit nacheiferte. Diese Vorbildrolle hat heute die türkische Regierungspartei AKP inne. In dieser sieht die Führungsspitze der PKS ein erfolgreiches Beispiel des Wandels einer islamistischen Partei hin zu einer breiten muslimischen Massenpartei mit Regierungsverantwortung.

5 | Matthias Heilmann, „Islamismus in Indonesien: Der Erfolg der Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei und seine möglichen Auswirkungen“, *ASEAS – Österreichische Zeitschrift für Südostasienwissenschaften*, Nr. 1, 2008, 21, [http://seas.at/aseas/1\\_1/ASEAS\\_1\\_1\\_A3.pdf](http://seas.at/aseas/1_1/ASEAS_1_1_A3.pdf) [09.09.2013].

**Ulama-Familien hatten oft wichtige Positionen in der Massenorganisation Nahdatul Ulama inne. Folglich rekrutiert sich die Anhänger- und Wählerschaft der PKS vor allem aus dem ländlichen Raum Ostjawas.**

Die *Partai Kebangkitan Bangsa* (Partei des Volkserwachens, PKB) hat ihren Ursprung in einem Milieu, das durch traditionalistische, javanische Glaubenspraktiken geprägt war. Häufig bestand auch eine Verbindung zu sog. *Ulama*-Familien, die als gelehrt galten und oftmals Internate (*pesantren*) betrieben. Gleichzeitig hatten diese *Ulama*-Familien wichtige Positionen in der Massenorganisation Nahdatul Ulama inne.<sup>6</sup> Folglich rekrutiert sich die Anhänger- und Wählerschaft der Partei vor allem aus dem ländlichen Raum Ostjawas. Die Partei ist untrennbar mit dem ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten Abdurrahman Wahid (1999 bis 2001), besser bekannt als Gus Dur, verbunden. Der ehemalige Vorsitzende der NU gründete die Partei und installierte vornehmlich NU-Funktionäre in wichtigen Parteiämtern. Gus Dur war es auch, der das Profil der Partei maßgeblich prägte, indem er nicht nur religiöse, sondern auch säkular-nationalistische Programminhalte vertrat. Im August 2002 votierte die PKB beispielsweise gegen die Aufnahme eines islamisch geprägten Gerichtswesens in die Verfassung. Kritiker werfen ihm deshalb vor, mit dieser programmatischen Öffnung und Flexibilität der Partei die islamische Religion als Quelle politischer Kraft entscheidend geschwächt zu haben.

Mittlerweile gilt die PKB im Gegensatz zum Beginn der demokratischen Transition Indonesiens nicht mehr als die wichtigste und einflussreichste, sondern nur mehr als eine von mehreren islamischen Parteien des Landes. 1999 ging die Partei noch als drittstärkste politische Kraft (12,6 Prozent) aus den Wahlen hervor, verlor im Laufe der Jahre aber mehr und mehr an Zuspruch und kam bei den Wahlen 2009 nur mehr auf 4,9 Prozent der Wählerstimmen. Als Gründe hierfür gelten gemeinhin eine schwindende innerparteiliche Kohäsion sowie eine schwach ausgeprägte Institutionalisierung. Nicht wenige führen auch klientelistische Parteistrukturen als Ursache an und geben dem ehemaligen Vorsitzenden und starken Mann der Partei eine Mitschuld. Gus Dur habe durch die strategische Positionierung eigener Vertrauter die Partei nachhaltig geschwächt.

6 | Vgl. Andreas Ufen, „Politischer Islam in Indonesien seit 1998“, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 05.03.2012, <http://bpb.de/apuz/75768/politischer-islam-in-indonesien-seit-1998> [27.07.2013].

Zu den islamischen Parteien in der aktuellen Regierung gehört ferner die *Partai Amanat Nasional* (Partei des Nationalen Mandats, PAN). Ähnlich der PKB hat auch die PAN ihren ideologischen und inspirativen Ursprung in einer der großen muslimischen Massenorganisationen Indonesiens. Die *Muhammadiyah* gilt aufgrund ihrer eher modernistisch geprägten Ansichten oftmals als ideologisches Gegenstück zur NU und diente der PAN lange Zeit als programmatische und intellektuelle Inspirationsquelle. Der ehemalige Vorsitzende der Organisation, Amien Rais, hatte sich großes Ansehen als Kritiker von Suharto erworben und 1998 die Partei gegründet. Obwohl *Muhammadiyah* nicht vollends hinter der Gründung der Partei stand, waren es doch prominente Mitglieder der Massenorganisation, welche diese entscheidend aus der Taufe hoben – und nach wie vor wichtige Posten im Parteiapparat besetzen.

Programmatisch versteht sich die PAN als Anwältin des wirtschaftlich gut gestellten Mittelstandes und setzt sich dementsprechend für den Kampf gegen Korruption und Untreue ein. Zu Beginn war die Partei immer wieder durch intolerante und gar radikale Äußerungen aufgefallen, wenn etwa zusammen mit anderen Gruppierungen zum „Heiligen Krieg“ in den Molukken aufgerufen wurde.<sup>7</sup> Aufgrund solcher ideologischer Verirrungen verließen bereits 2001 nicht wenige moderate Muslime und Christen die Partei wieder. Heute bekennt sich die PAN dagegen deutlich zur Demokratie und den damit einhergehenden Werten wie etwa Toleranz oder Minderheitenschutz. Aktuell ist Hatta Rajasa der prominenteste Vertreter der PAN, er ist einer der wichtigsten Minister im aktuellen Kabinett und wird immer wieder mit einer möglichen Präsidentschaftskandidatur 2014 in Verbindung gebracht.

**Aufgrund ideologischer Verirrungen verließen bereits 2001 nicht wenige moderate Muslime und Christen die PAN. Heute bekennt sie sich deutlich zur Demokratie und den damit einhergehenden Werten.**

Die *Partai Persatuan Pembangunan* (PPP) ist die älteste islamische Partei Indonesiens. Sie wurde 1973 staatlich forciert gegründet und war seitdem der Zusammenschluss

7 | Patrick Bolte, Kay Möller und Osman Rzyttka, *Politischer Islam, Separatismus und Terrorismus in Südostasien. Indonesien, Malaysia, Philippinen*, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, 03/2003, 18, [http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2003S12\\_bolte\\_mll\\_rzyttka\\_ks.pdf](http://swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2003S12_bolte_mll_rzyttka_ks.pdf) [09.09.2013].

**Gewählt wird die PPP vor allem von NU-Mitgliedern und Angehörigen des Mittelstandes. Noch immer versucht die Partei, durch eine islamistische Programmatik eine Abgrenzung von den anderen islamischen Parteien zu bewirken.**

der kleineren islamischen Parteien im Blockparteiensystem Suhartos. Vor allem in den 1990er Jahren konnte die Partei aufgrund der wachsenden Islamisierung der indonesischen Gesellschaft erheblichen Stimmenzuwachs verbuchen, sodass oftmals ein Viertel der Wählerstimmen auf die islamisch-modernistische Partei entfielen. Gewählt wurde und wird die PPP vor allem von NU-Mitgliedern und Angehörigen des Mittelstandes. Noch immer versucht die Partei, durch eine gezielt islamistische Programmatik eine Abgrenzung von den anderen islamischen Parteien zu bewirken. So wurde etwa gleich zu Beginn der demokratischen Öffnung 1999 die Einführung der Scharia als Ziel in das Parteiprogramm der PPP aufgenommen.

### **SUHARTOS ENDE: ANFANG DES SIEGESZUGS ISLAMISCHER PARTEIEN?**

Die Frage nach der Rolle islamischer Parteien für die indonesische Demokratie lässt sich zutreffender beantworten, wenn man einen Blick in die Vergangenheit richtet und die Startbedingungen nach dem Umbruch von 1998 sowie die Entwicklung seitdem analysiert. Ähnlich wie viele arabische Staaten wurde auch Indonesien lange (nämlich mehr als 30 Jahre lang) von einem autoritären Regime mit starkem Einfluss des Militärs regiert. Für die muslimischen Massenorganisationen, die zeitlebens auch politische Ambitionen hegten, und die Verfechter eines aktiven Islam bedeutete die Zeit Suhartos vor allem Unterdrückung jeglicher politischer Ansprüche und Zielsetzungen. Die Folge war, dass sich muslimische Gruppen und Organisationen aus der Politik zurückzogen und stattdessen Betätigung und Engagement im sozialen und humanitären Bereich suchten. So entstanden in dieser Zeit beispielsweise hunderte Krankenhäuser, Sozialeinrichtungen und Schulen, finanziert und geleitet von muslimischen Organisationen. Erst gegen Ende seiner Herrschaft ging Suharto etwas auf politisch aktive Muslime zu, indem er beispielsweise den Vorsitzenden der Vereinigung der muslimischen Gelehrten Indonesiens (ICMI), Bacharuddin Jusuf Habibie, zu seinem Stellvertreter machte. Dieser strategische Schwenk war jedoch weniger eine ernst gemeinte Anerkennung eines politisch gestaltenden Islam, sondern eher der Tatsache zunehmender



Meinungsverschiedenheiten zwischen ranghohen Militärs und Suharto geschuldet.

Mit dem Ende der Suharto-Herrschaft 1998 in Folge landesweiter Proteste und der einsetzenden *reformasi* wurde über Nacht die Gründung politischer Parteien erlaubt. Während der von Interimspräsident Habibie angeführten politischen Liberalisierung entstanden hunderte Parteien, darunter viele mit islamischer oder islamistischer Ausrichtung. Viele muslimische Aktivisten erhielten damit erstmals seit vielen Jahrzehnten die Erlaubnis zur politischen Einflussnahme. Bei den ersten freien Wahlen nach mehr als 30 Jahren Neuer Ordnung schien dann auch der Siegeszug der islamischen Parteien zu beginnen. Fünf von ihnen schafften es auf Anhieb ins Parlament, zusammengekommen kamen sie bei diesen ersten demokratischen Wahlen auf mehr als 33 Prozent. Durch geschickte Koalitionsverhandlungen konnte sogar einer von ihnen, der PKS-Vorsitzende Gus Dur, später – zumindest für zwei Jahre – das Amt des Staatspräsidenten übernehmen.

**Bei den ersten freien Wahlen schien der Siegeszug der islamischen Parteien zu beginnen. Fünf von ihnen schafften es auf Anhieb ins Parlament.**

Die nachfolgenden Wahlen im Jahr 2004 brachten weiteren Stimmenzulauf, sodass die islamischen Parteien ihre Zustimmung an den Wahlurnen sogar auf 35 Prozent steigern konnten. Den größten Zugewinn hatte dabei die PKS, die ihre Stimmenzahl zwischen 1999 und 2004 um 450 Prozent steigern konnte und zudem die erfolgreichste Partei in der Megacity Jakarta war.<sup>8</sup> Zurückzuführen war dies auf eine kluge und der Stimmung in der Bevölkerung entsprechende Kampagne, die *good governance* und moralisch aufrichtige Politik propagierte.

Der vorläufige Tiefpunkt folgte bei den letzten Wahlen im Jahr 2009, bei denen die islamischen Parteien Stimmen verloren und zusammen nur noch 26 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten. Bedenkt man, dass es sich dabei um die Gesamtstimmenzahl von fünf Parteien<sup>9</sup> handelt und die PKS mit ca. acht Prozent an erster Stelle

8 | Syahrul Hidayat, „Moderation and the stagnation of the PKS in the 2009 legislative election“, *LSE IDEAS Reports*, London School of Economics, 05/2010, [http://lse.ac.uk/IDEAS/publications/reports/pdf/SR005/Indo\\_Hidayat.pdf](http://lse.ac.uk/IDEAS/publications/reports/pdf/SR005/Indo_Hidayat.pdf) [27.07.2013].

9 | Hierzu zählt die PBB, die lediglich 1,8 Prozent errang und deshalb nicht im aktuellen Parlament vertreten ist.

liegt, so wird klar, welchen politischen Bedeutungsverlust die Parteien mit muslimisch-orientierter Programmatik und Gesinnung zu verdauen haben.

Aktuelle Umfragen sehen für die Parlamentswahlen, die für den 9. April 2014 angesetzt sind, weiter schrumpfende Werte für die islamischen Parteien voraus. Besonders hart könnte es die PKS treffen, die laut aktuellen Umfragen gar um den Wiedereinzug in das Nationalparlament fürchten muss. Solche Vorhersagen sind in Indone-

**Jüngste Wahlerfolge auf Provinz- und Gouverneursebene zeigen, dass mit den religiösen Parteien zumindest punktuell noch immer zu rechnen ist. Die allgemeine Formkurve der islamischen Parteien zeigt aber nach unten.**

sien allerdings mit Vorsicht zu genießen. Zu schwierig ist es, im geografisch extrem zerklüfteten Inselreich verlässliche empirische Erhebungen zu generieren. Außerdem zeigen jüngste Wahlerfolge auf Provinz- und Gouverneursebene, dass mit den religiösen Parteien

zumindest punktuell noch immer zu rechnen ist.<sup>10</sup> Dies ändert jedoch nichts daran, dass die allgemeine Formkurve aller islamischen Parteien deutlich nach unten zeigt.<sup>11</sup>

### **GESELLSCHAFTLICHE ISLAMISIERUNG INDONESIENS**

Die fortschreitende Weigerung der Wähler, am Wahltag ihr Kreuz bei islamischen Parteien zu machen, ist umso verwunderlicher angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung im Bereich der Religiosität seit der demokratischen Öffnung 1998. Mit einem Abstand von gut 15 Jahren lässt sich ohne Vorbehalte feststellen, dass die *reformasi* nicht nur zu einer politischen Liberalisierung und Demokratisierung, sondern gleichzeitig auch zu einer gesellschaftlichen Islamisierung geführt hat. In den vergangenen Jahren hat sich die Rolle des Islam im öffentlichen Leben deutlich vergrößert, die islamischen Massenorganisationen haben wieder Zulauf bekommen und auch die Zahl der in der Öffentlichkeit zur Schau gestellten Symbole des Islam nimmt stetig zu. Jedes Jahr bewerben sich mehr Menschen beim Religionsministerium für einen der heiß begehrten Plätze für die Pilgerfahrt ins saudi-arabische Mekka. Religiosität bleibt dabei nicht länger Privatsache, sondern führt zusehends zu Auseinandersetzungen mit Andersgläubigen. Gewaltsame

10 | In West-Java sowie Nord-Sumatra konnten zwei von der PKS unterstützte Kandidaten erst jüngst die Wahlen zum Provinzgouverneur gewinnen.

11 | Indonesische Wahlkommission, <http://kpu.go.id> [27.07.2013].

Ausschreitungen auf kommunaler Ebene gegenüber Minderheiten, die sich nicht nur gegen Andersgläubige wie etwa Christen richten, sondern vor allem auch innerislamische Gruppierungen wie die Schiiten oder die Ahmadiyyah betreffen, sind mittlerweile an der Tagesordnung.<sup>12</sup>



Muslimische Frauen demonstrieren gegen Miss-World-Wahl in Jakarta, September 2013: Religiosität bleibt nicht länger Privatsache. | Quelle: © Bagus Indahono, epa, dpa.

Die Kraft des Islam als Faktor der sozialen Identifikation wächst. In einer Umfrage aus dem Jahr 2004 gaben nur rund 40 Prozent der befragten Indonesier an, dass die Zugehörigkeit zur muslimischen Religion für sie das wichtigste Kriterium der eigenen Identität sei. Erst weit danach folgten Merkmale wie Nationalität, Beruf oder Affinität zu einer bestimmten ethnischen Gruppe. Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage kommt zu dem Schluss, dass sich heute 72 Prozent der Befragten für die Einführung der Scharia aussprechen.<sup>13</sup> Nicht alle Befragten machen sich dabei gleichzeitig auch zum Beispiel für die Einführung drakonischer

12 | Für die erste Hälfte des Jahres 2013 hat das renommierte Setara-Institut bereits 282 solcher Fälle von religiös motivierter Intoleranz gezählt. Vgl. Stephanie Hendarta, „Religious Intolerance Down Slightly in Indonesia: Setara“, *The Jakarta Globe*, 09.07.2013, <http://thejakartaglobe.com/news/incidents-of-religious-intolerance-down-slightly-setara> [27.07.2013].

13 | „Seven in 10 Indonesian Muslims want sharia law: Pew study“, *The Jakarta Post*, 02.05.2013, <http://thejakartapost.com/news/2013/05/02/seven-10-indonesian-muslims-want-sharia-law-pew-study.html> [27.07.2013].

Körperstrafen stark; das Konzept der Scharia wird durchaus differenziert gesehen. Was aus dieser jüngsten Umfrage dennoch klar wird, ist die grundsätzliche Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung für eine prominenter Rolle religiöser Prinzipien und Vorschriften in gesellschaftlichen und rechtlichen Fragen.

Die Zunahme der gesellschaftlichen Islamisierung (auch *cultural Islam* genannt<sup>14</sup>) hat in den vergangenen Jahren politischen Ausdruck gefunden. Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen fallen deutlich zugunsten der muslimischen Bevölkerungsmehrheit Indonesiens aus und räumen islamischen Rechts- und Glaubensvorstellungen einen prominenten Platz in der indonesischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Ein Sonderfall ist dabei die Provinz Aceh im Norden Sumatras. Dort gelten seit der Erlangung einer Sonderautonomie in weiten Teilen der Provinz islamische Rechtsprinzipien, wonach beispielsweise Frauen ein Kopftuch tragen müssen, Alkoholkonsum und Glücksspiele verboten sind und die Entrichtung der Almosensteuer (*zakat*) zwingend vorgesehen ist. Doch auch andere Provinzen des Landes, die keinen Autonomiestatus innehaben, nutzen so genannte *bylaws*, um die nationale Gesetzgebung zu umgehen und eigene, an die typisch islamischen Rechtsvorstellungen angelehnte Normen zu erlassen. Sie werden aber in der Regel nicht so rigide durchgesetzt wie in Aceh.

### **FEHLENDE POLITISCHE DIVIDENDE FÜR ISLAMISCHE PARTEIEN**

Paradoxerweise konnten die islamischen Parteien nicht von diesen gesamtgesellschaftlichen Trends der Islamisierung profitieren. Ebenso wenig gelang es ihnen, die Urheberschaft für die islamisch orientierten Gesetze und Verordnungen für sich zu reklamieren. Beide Entwicklungen konnten nicht in politische Mobilisierung umgewandelt werden, im Gegenteil. Eine Ursache dafür liegt in der programmatischen Öffnung der traditionell säkular-nationalistischen Parteien, deren Programme und konkrete politische Initiativen und Strategien sich immer mehr an Forderungen nach einer größeren Rolle der Religion im öffentlichen

14 | Jeff Lee, „The Failure of Political Islam in Indonesia: A Historical Narrative“, *Stanford Journal of East Asian Affairs*, 4, 2004, 101.

Leben orientieren. So charakterisiert sich die dem nationalistischen Lager zugehörige Demokratische Partei (PD) seit Neuestem auf Wahlplakaten nicht mehr nur als *nasio-*

**Der Kampf um Wählerschichten, für die islamische Inhalte entscheidend sind, ist zwischen islamischen, säkularen und nationalen Parteien neu entbrannt.**

*nal*, sondern zusätzlich auch als *religius*. Der Kampf um diejenigen Wählerschichten, für die islamische Inhalte entscheidend sind, ist damit neu entbrannt. Eine zunehmende Zahl politischer Akteure buhlt um die Gunst dieser Bevölkerungsgruppe. Beispielhaft für die neu gewonnene programmatische Flexibilität säkular-nationalistischer Parteien wie etwa der PD oder der Partei GOLKAR ist deren Abstimmungsverhalten bei den Beratungen zum umstrittenen Anti-Pornografie-Gesetz im indonesischen Parlament im Jahr 2008. Die islamischen Parteien waren erwartungsgemäß für eine Verschärfung der Kleidervorschriften in der Öffentlichkeit, doch auch GOLKAR und PD schlossen sich dem Votum an. Zu dieser Offenheit gegenüber traditionell religiösen Inhalten kommt eine gezielte personelle Ansprache. So hatte sich etwa die Demokratische Partei des Kampfes Indonesiens (PDIP), Partei der Tochter des Staatsgründers Sukarno, Megawati Sukarnoputri, im Wahlkampf 2009 verstärkt um prominente liberale und moderate Muslime bemüht und sie zu einer Kandidatur unter dem Banner der PDIP überredet. In diesem Zusammenhang wird interessant sein, zu beobachten, ob die islamischen Parteien den Verlust dieses Alleinstellungsmerkmals hinnehmen, oder aber gerade im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 den Kampf mit den ehemals säkularen Parteien um die Deutungshoheit spezifisch islamischer Politikinhalt wieder aufnehmen.

Ein weiterer Grund für den mangelnden politischen Erfolg islamischer Parteien liegt in der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes seit der Überwindung der Asienkrise 1997/1998 und der beginnenden *reformasi*. In den letzten Jahren hat sich Indonesien im Schatten von Indien und China zu einem der wichtigsten Wachstumsmotoren in Asien entwickelt, das Wirtschaftswachstum beträgt jährlich konstant ca. sechs Prozent.

Eine politische Dividende warf dies vor allem für die Regierung Yudhoyono ab, die 2004 ins Amt kam und aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs ihren Stimmenanteil 2009 sogar noch ausbauen konnte. Dass wirtschaftliche

Entwicklung Einfluss auf das Wahlverhalten der indonesischen Bevölkerung haben kann, zeigte sich bereits 1999, als in einer Umfrage mehr als ein Drittel der Befragten das Thema „Wirtschaft“ als wichtigste Priorität angaben.<sup>15</sup> Seitdem sind 14 Jahre vergangen, in denen es den islamischen Parteien noch immer nicht gelungen ist, im Bereich der Wirtschaftspolitik innovative Konzepte zu präsentieren und damit Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Regierungskompetenz aufzubauen.

Allerdings hat der rasante wirtschaftliche Aufstieg des G20-Mitgliedstaats Indonesien zu einem Nebeneffekt geführt,

**Die soziale Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Dies könnte die Erfolgchancen der islamischen Parteien bei Wahlen wieder erhöhen.**

der die zukünftigen Erfolgchancen der islamischen Parteien bei Wahlen wieder erhöhen könnte. Nicht nur das Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten Jahren rasant gestiegen, auch die soziale Schere zwischen Arm und Reich hat sich deutlich vergrößert. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist ein Kernbestandteil des Islam, dies zeigen nicht zuletzt die Aktivitäten der muslimischen Massenorganisationen in Indonesien. Es ist daher nicht auszuschließen, dass islamische Parteien zukünftig in der Gunst der Wähler wieder zulegen, indem sie die Bewältigung der aktuellen sozioökonomischen Herausforderungen vor ihrem islamischen Hintergrund zum authentischen Programm machen. Auch hier gilt jedoch, dass aus der zunächst eher vagen Gleichung „Islam = soziale Gerechtigkeit“ erst konkrete und überzeugende Problemlösungsstrategien entwickelt werden müssten.

Des Weiteren ist das spezifische Politik- und Parteiensystem Indonesiens ausschlaggebend für die mangelnde Fähigkeit islamischer Parteien, die fortschreitende gesellschaftliche Islamisierung für ihre parteipolitischen Zwecke zu mobilisieren.<sup>16</sup> Einzelne Persönlichkeiten dominieren oftmals ganze Parteien und deren Programmatik, gewählt wird kaum anhand von Inhalten, sondern fast ausschließlich nach Bekanntheits- und Sympathiewerten des Spitzenkandidaten, der sich durch eine große mediale Präsenz entsprechend zu positionieren versucht. Hinzu kommt die gestiegene Kommerzialisierung sowie ein äußerst

15 | Vgl. ebd., 102.

16 | Michael Buehler, „Islam and Democracy in Indonesia“, *Insight Turkey*, 11, 2009, 56.

kostspieliger Wahlkampf, die es weniger wohlhabenden Kandidaten fast unmöglich machen, für ein Parlamentsmandat, geschweige denn die Spitzenposition einer Partei, zu kandidieren. Diese mittlerweile systemimmanenten Faktoren haben dazu geführt, dass die Mobilisierung durch Programme, und somit auch durch religiöse Inhalte, fast unmöglich geworden ist.

In den letzten Jahren wurde zudem immer deutlicher, dass auch bei den islamischen Parteien Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Entstanden sind daraus erhebliche Gefahren für die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählern. Zahlreiche Korruptionsskandale zeigen, dass Politiker explizit islamischer Parteien den gleichen Versuchungen erliegen wie diejenigen säkular-nationalistischer Parteien. Für die politischen Erfolgchancen der islamischen Parteien ist dies besonders schwerwiegend, weil gerade sie im Laufe der vergangenen Jahre Themen wie Korruptionsbekämpfung und *good governance* immer mehr in den Vordergrund gestellt hatten – nicht zuletzt, um sich gegen die nicht-muslimischen Parteien abzugrenzen. So hieß der Slogan der Partei PKS lange *Bersih dan Peduli* (Sauber und Fürsorglich). Damit dürfte es nun vorbei sein, spätestens seit so hochrangige und prominente PKS-Funktionäre wie der ehemalige Vorsitzende Luthfi Hasan Ishaq in massive Korruptionsfälle verwickelt sind, über die in den Medien ausgiebig berichtet wird und die die Glaubwürdigkeit der Partei schwer beschädigen.

### **ISLAMISCHE PARTEIEN UND DIE DEMOKRATIE IN INDONESIEN – VON DER GEFAHR ZUR CHANCE?**

15 Jahre nach der Einführung der Demokratie in Indonesien bietet sich die Möglichkeit, eine vorläufige Zwischenbilanz des Verhältnisses islamischer und islamistischer Parteien zu demokratischen Prinzipien und Grundüberzeugungen zu ziehen. Sind dezidiert islamische Parteien mit der Staatsform der Demokratie kompatibel oder bewahrheitet sich vielmehr das so genannte demokratische Dilemma, wonach sich die Demokratie nach ihrer Einführung einer substantiellen Aushöhlung durch demokratiefeindliche Akteure wie Islamisten gegenüber sieht, da auch diese Akteure nun neue Einflussphären und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und nutzen?

**Die Parteien PKB und PAN bekennen sich zur Trennung von Staat und Religion sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In beiden Parteien können auch Nicht-Muslime Mitglied werden.**

Die Situation in Indonesien stellt sich diesbezüglich nicht einheitlich dar. Die Parteien PKB und PAN auf der einen Seite bekennen sich heute ausdrücklich zur Trennung von Staat und Religion sowie zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie sind Teil der derzeitigen Regierungskoalition in Indonesien und machen durch ihre konkreten politischen Handlungen, Initiativen und Maßnahmen deutlich, dass sie sich demokratischen Werten und Prinzipien verpflichtet fühlen. In beiden Parteien können auch Nicht-Muslime Mitglied werden. Insgesamt besteht kein Zweifel an der Demokratiefähigkeit dieser beiden Parteien.

Die PPP auf der anderen Seite des Spektrums, die ebenfalls an der aktuellen Regierung von Präsident Susilo Bambang (SBY) beteiligt ist, muss in ihrer Demokratiefähigkeit deutlich negativer beurteilt werden. Der derzeitige Vorsitzende der PPP, Suryadhama Ali, ist Religionsminister im Kabinett von Staatspräsident SBY und fällt immer wieder durch Ausfälle gegenüber religiösen Minderheiten auf. Der ehemalige Vorsitzende Hamzah Haz, unter Megawati Sukarnoputri Vizepräsident der Regierung, solidarisierte sich offen mit dem überführten Terroristenchef Bashir, indem er die Polizei aufforderte, auch ihn selbst zu verhaften, für den Fall, dass Bashir strafrechtlich verfolgt werden würde.<sup>17</sup> Hochrangige PPP-Funktionäre wenden zwar selbst keine Gewalt an, sind aber zumindest als geistige Brandstifter zu qualifizieren. Die PPP partizipiert somit an der Demokratie, ohne aktiv für sie einzustehen. Sie wirkt tendenziell demokratiegefährdend.

Bei der PKS, die ebenfalls Teil der aktuellen Regierungskoalition ist, fällt ein Urteil schwerer. Allgemein gehören demokratische Werte wie Pluralismus, die Gleichberechtigung von Frauen, Minderheitenschutz, Gewaltlosigkeit und Offenheit gegenüber Andersgläubigen mittlerweile zur offiziellen Parteilinie. Ihren nationalen Parteitag im Jahr 2008 hielt die Partei demonstrativ auf der überwiegend von Hinduisten bewohnten Insel Bali ab und präsentierte sich damit symbolträchtig als gegenüber anderen Religionen, Kulturen und Ethnien tolerante und offene Partei. Namhafte Beobachter vermuten dennoch die Existenz einer konträren *hidden agenda*, wonach immer noch nach

<sup>17</sup> | Vgl. Lee, Fn. 14, 104.



einer soziokulturellen Umerziehung der Menschen und Verwirklichung der globalen *Umma* als ideale menschliche Gemeinschaft und Vollendung des göttlichen Willens gestrebt werde.<sup>18</sup> Ein abschließendes Urteil zur Demokratiefähigkeit der PKS scheint deshalb zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.

### **NORMALISIERUNG IN FOLGE VON DEMOKRATISIERUNG**

Anders als in manchen Ländern der arabisch-islamischen Welt kam den islamischen Parteien Indonesiens bislang noch nicht die alleinige Regierungsverantwortung zu, sie waren und sind lediglich Teil einer Mehrparteienkoalition. Wie sich die genannten Gruppierungen im Falle einer Alleinherrschaft verhalten würden und ob sie dann immer noch demokratischen Spielregeln genügen würden, lässt sich daher aus heutiger Sicht nicht mit Sicherheit beurteilen. Betrachtet man allerdings die schrittweise programmatische und ideologische Entwicklung der islamischen Parteien Indonesiens insgesamt, so fällt bei aller Verschiedenheit ein gemeinsames Muster ins Auge. Die ideologische Programmatik sowie das konkrete politische Handeln der erwähnten Parteien (mit Ausnahme der PPP)

sind in den letzten Jahren durchweg pragmatischer geworden, sodass eine deutliche Abkehr von dezidiert an islamischer Ideologie ausgerichteter Politik zu beobachten ist. Die islamischen Parteien Indonesiens haben über die Jahre hinweg immer mehr Abstand

**Die islamischen Parteien Indonesiens haben immer mehr Abstand genommen von ihren früheren, teilweise radikalen Positionen wie der Ausrichtung aller Lebensbereiche an islamisch-religiösen Handlungsvorstellungen.**

genommen von ihren früheren, teilweise radikalen Positionen wie der Einführung eines Islamstaates oder der Ausrichtung aller Lebensbereiche an islamisch-religiösen Glaubens- und Handlungsvorstellungen. Während zu Beginn der demokratischen Transformation die Einführung der Scharia noch Hauptziel im Parteiprogramm der PKS war, sind im Laufe der Jahre Themen wie Pluralismus, Korruptionsbekämpfung, politische Reformen und Demokratisierung an diese Stelle gerückt.

Bemerkenswert ist, dass diese programmatische Entwicklung zahlreicher islamischer Parteien einhergeht mit einer zunehmenden Demokratisierung Indonesiens innerhalb der letzten 14 Jahre. Die Entwicklung demokratischer

18 | Vgl. Heilmann, Fn. 5, 21.

Institutionen, Strukturen und Prozesse hat die islamischen Parteien dazu veranlasst, ihr Programm und ihre Verhaltensweisen dahingehend zu verändern, dass sie in der neuen Regierungsform entsprechend einflussreich mitwirken können. Als die PKB im Jahr 2003 einen Vorstoß zur gesetzlichen Verankerung der Scharia wagte, fanden sich zwar einige andere Organisationen, die den Vorschlag unterstützten. Allerdings fehlte letztendlich

**Als Megawati Sukarnoputri Präsidentin wurde und der PKS-Vorgängerpartei PK einen Ministerposten anbot, lehnte diese ab, weil man Führung als ein männliches Privileg ansah.**

eine robuste parlamentarische Mehrheit, so dass sich die PKB den demokratischen Spielregeln beugen und den Vorschlag zurücknehmen musste. Auch im Fall der PKS gibt es einige Beispiele für den Zusammenhang zwischen programmatischer Normalisierung der Partei und fortschreitender Demokratisierung des Staates. Als Megawati Sukarnoputri Präsidentin wurde und der PKS-Vorgängerpartei PK einen Ministerposten anbot, lehnte diese ab, weil man Führung als ein männliches Privileg ansah und deshalb nicht einer weiblichen Präsidentin untergeben sein wollte. Im Wahlkampf 2004 gab es heftige Diskussionen innerhalb der PKS um die Frage, welchen der Präsidentschaftskandidaten die Partei unterstützen sollte.

Zur Diskussion standen Amien Rais, streng muslimischer Reformier, und der ehemalige Militärgeneral Wiranto. Erst zwei Wochen vor der Wahl entschied sich die Parteispitze für Amien Rais, nachdem die Partei lange Zeit mehrheitlich für Wiranto war. Der Grund für dieses Zögern war ein zutiefst pragmatischer, man erhoffte sich mit Rais schlicht größere Siegchancen. Ebenso pragmatisch handelte die PKS, als ihr Kandidat die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen 2005 nicht erreichte und die Partei anschließend Yudhoyono/Kalla, das Duo mit den größten Erfolgsaussichten, unterstützte. Nachdem Yudhoyono die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, war die PKS am Ziel und wurde ebenfalls Regierungspartei.<sup>19</sup> Seit die PKS Teil dieser Regierungskoalition ist, häufen sich die pragmatischen Entscheidungen der Parteispitze weiter und führen zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen mit den Parteigremien sowie vielen einfachen Mitgliedern. Die Institution

19 | Ahmad-Norma Permata, „Ideology, institutions, political actions: Prosperous Justice Party (PKS) in Indonesia“, *Asienkunde* 109, Deutsche Gesellschaft für Asienkunde, 10/2008, 33, [http://asienkunde.de/content/zeitschrift\\_asien/archiv/pdf/109\\_3\\_permata.pdf](http://asienkunde.de/content/zeitschrift_asien/archiv/pdf/109_3_permata.pdf) [09.09.2013].

Parlament sowie die demokratische Notwendigkeit, Koalitionen zum Zwecke der Regierungsbildung zu schließen, zwangen die PKS letztendlich zu einer Mäßigung ihrer ehemals konfrontativen und streng islamischen Politik.

Auch das demokratische Instrument der Wahlen hat dazu geführt, dass islamistische Vorstellungen aufgegeben und stattdessen strategisch günstigere Positionen vertreten wurden. Die Parteien haben festgestellt, dass die zwanghafte Einführung islamischer Rechtsvorschriften die nationale Einheit des multireligiösen und multiethnischen Indonesien gefährden würde und folglich am Wahltag nicht genügend Menschen überzeugt. Die Folge war eine Hinwendung zu Themen und Zielen, mit denen sich die Chancen auf Wählerstimmen vergrößern ließen. Insofern hat die Akzeptanz demokratischer Prozesse durch die islamischen Parteien zwar nicht zum Ende des politischen Islam per se geführt. Allerdings sahen sich die Parteien durch die Befolgung der Prozesse und Strukturen der Demokratie neuen Einschränkungen ausgesetzt. Allein diese Beispiele machen deutlich, dass ein offenes demokratisches System ausgleichende und entradikalisierende Wirkung auf (ehemals streng) islamische Parteien entfalten kann.

Festzuhalten bleibt, dass von den islamischen Parteien Indonesiens in ihrer derzeitigen Gestalt zumindest keine strukturelle Gefahr für die demokratische Verfasstheit des Landes ausgeht. Demokratiefeindliche Politik wie die Forderung nach einem islamischen Gottesstaat wird heute nur von wenigen und zudem unbedeutenden Parteien vertreten. Die bedeutenderen islamischen Parteien geben sich hingegen mit der oftmals folgenlosen Forderung nach einer Gesellschaft, die sich an islamischen Werten und Moralvorstellungen orientiert, zufrieden. Die beschriebene programmatische Normalisierung der Parteien bedeutet aber keineswegs ein Ende des politischen Islam. Vielmehr ist dieser nach wie vor sehr einflussreich. Im Gegensatz zu den islamischen Parteien innerhalb der demokratischen Arena sind es die außerparlamentarischen islamischen Kräfte, die eine dauerhafte und flächendeckende Gefahr für die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit des indonesischen Staates darstellen.

## ISLAMISMUS UND POLITISCHER ISLAM AUSSERHALB DES PARTEIENSPEKTRUMS

Eine der Erscheinungen des politischen Islam außerhalb des Parteienspektrums ist die missionarische Bewegung Hizbut Tahrir Indonesia (HTI), die Teil eines transnationalen islamischen Netzwerks ist und in Indonesien einen so genannten Islamstaat errichten will. Trotz ihrer radikalen, antidemokratischen Ziele lehnt HTI Gewalt ausdrücklich ab.

**Der Rat der Muslimgelehrten wendet selbst keine Gewalt an, kann jedoch fatwas erlassen und wirkt über diese oftmals als geistiger Brandstifter.**

Sie setzt vielmehr auf Predigt und Lehre. Der Rat der Muslimgelehrten (MUI) ist 1975 vom Suharto-Regime gegründet worden und seit 2000 unabhängig. Er wendet ebenfalls selbst keine Gewalt an, kann jedoch (rechtlich nicht bindende) *fatwas* erlassen und wirkt über diese oftmals als geistiger Brandstifter. So hat sich der gewalttätige Mob beispielsweise mehrfach auf eine *fatwa* von 2005 berufen, in der MUI sich gegen Liberalismus, Pluralismus und Säkularismus ausspricht. Daneben gibt es viele gewaltbereite Organisationen im Land, die sich vermeintlich für Ordnung und islamische Werte einsetzen (so genannte Vigilanten).

Die Szene ist ebenso unübersichtlich wie dynamisch. Und: sie wächst. Gemeinsam ist allen Organisationen, dass sie sich gegen eine „Verwestlichung“ der Gesellschaft wenden, die sie mit Dekadenz und Morallosigkeit gleichsetzen, und gegen größere Freiheiten für Frauen. Sie streben die Errichtung eines islamischen Staates und die Implementierung der Scharia als von Gott gegebenes Recht an. Die derzeit aktivste und bekannteste Gruppe ist die *Front Pembela Isla* (Front der Verteidiger des Islam, FPI), ihr gelingt es immer wieder, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen. Die Absage eines Konzertes des Popstars Lady Gaga 2012 geht maßgeblich auf das Konto von FPI. Für den Fall eines Auftritts der nach ihrer Ansicht zu freizügig gekleideten Sängerin hatte die Gruppe mit gewalttätigen Auseinandersetzungen gedroht. Eine Gefahr für die Demokratie Indonesiens geht von diesen Gruppierungen deshalb aus, weil sie es neben der Kraft der gesellschaftlichen Mobilisierung oftmals auch schaffen, Politik und Verwaltung so zu beeinflussen, dass diese den Zielen und Forderungen der Islamisten nachgeben. Die Demokratie insgesamt verliert durch diese externe Einflussnahme entscheidend an Anziehungskraft und Legitimität, weil das staatliche Gewaltmonopol nicht

garantiert wird und der Eindruck entsteht, die Demokratie sei eine manipulierbare Staatsform.

### **VERSUCHSLABOR INDONESIEN: IMPLIKATIONEN FÜR DIE ARABISCHE WELT?**

Im Zusammenhang mit den Umbrüchen in der arabisch-islamischen Welt ist das südostasiatische Indonesien immer wieder als Musterbeispiel für den Aufbau einer Demokratie in einem größtenteils muslimischen Land genannt worden.<sup>20</sup> Schließlich sei die Ausgangssituation vergleichbar: Nicht nur in den Ländern des Arabischen Frühlings, sondern auch in Indonesien sei der Islam lange Zeit durch ein säkulares Militärregime in seinen politischen Ansprüchen beschnitten worden.

**US-Präsident Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton betonten den Vorbildcharakter Indonesiens in puncto Demokratisierung und wünschten sich für Ägypten eine ähnlich positive Entwicklung.**

Allen voran US-Präsident Barack Obama sowie seine damalige Außenministerin Hillary Clinton betonten den Vorbildcharakter Indonesiens und wünschten sich für Ägypten eine ähnlich positive Entwicklung.<sup>21</sup>

Bei allen berechtigten Hoffnungen sollte Indonesien als mögliche Orientierungshilfe allerdings nicht überstrapaziert werden, zu unterschiedlich sind die kulturellen, religiösen und politischen Voraussetzungen zwischen Indonesien und der arabischen Welt. Der Islam in Indonesien weist aufgrund geschichtlicher und kultureller Ereignisse vielerorts eine Vermischung von Vorstellungen unterschiedlicher Religionen und Glaubensrichtungen auf – ein Grund, den viele für die Herausbildung einer eher moderaten Form des Islam in Indonesien anführen. Ebenso ist das politische System, das stark personenzentriert ist, grundsätzlich verschieden von den Verhältnissen in anderen muslimischen Ländern. Abgesehen davon stellt sich die nüchterne Frage, ob etwa die Länder des Nahen und Mittleren Ostens das weit entfernte Indonesien überhaupt als Orientierungshilfe im Blick haben. Fragt man auf der „arabischen Straße“ nach dem größten muslimischen Land der Welt oder dem muslimischen Führungsland, lautet die Antwort häufig Ägypten oder Saudi-Arabien. Indonesien und die kulturelle und

20 | Jay Solomon, „In Indonesia, a Model for Egypt’s Transition“, *The Wall Street Journal*, 12.02.2011, <http://online.wsj.com/article/SB1000142405274870432910457613849082239336.html> [27.07.2013].

21 | Vgl. ebd.

spirituelle Ausprägung des dortigen islamischen Glaubens hingegen gelten in der arabischen Welt oftmals als zu sehr abgeschwächt und verändert. Die Übertragbarkeit indonesischer Erfahrungen auf die muslimisch-arabische Welt mit Blick auf die demokratische Einbindung des politischen Islam scheint also mehr als beschränkt.

Trotz dieser Unterschiede lassen sich einige grundlegende Erkenntnisse aus der mittlerweile 15-jährigen Erfahrung Indonesiens mit dem Spannungsverhältnis zwischen politischem Islam und demokratischer Staatsform ziehen. Besonders interessant und aufschlussreich dürften diese Schlussfolgerungen nicht nur für in den arabischen Ländern einheimische Freunde und Unterstützer der Demokratie sein. Gerade für internationale Beobachter und in der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem der Zusammenarbeit mit politischen Parteien, tätige Institutionen liefert Indonesien einige Erkenntnisse, die nicht zuletzt zu Ideen für die Ausrichtung und Gestaltung zukünftigen Engagements führen können.

Das Beispiel Indonesien macht in erster Linie deutlich, dass der politische Islam in Form von an islamischen Werten und Zielen orientierten Parteien nicht automatisch gleichgesetzt werden kann mit Radikalität, Fanatismus und demokratiefeindlicher Politik. Islamisch ausgerichtete Parteien besitzen sehr wohl das Potenzial, sich langsam, aber stetig zu demokratiefreundlichen politischen Akteuren zu entwickeln und Verantwortung in demokratischen Institutionen zu übernehmen. Wie die Beispiele der indonesischen Parteien zeigen, ist nach der Etablierung der demokratischen Staatsform eine vormals unerwartete programmatische und ideologische Wandlung der Parteien zumindest nicht auszuschließen. Vor diesem Hintergrund scheint es lohnend, den Kontakt mit zwar islamisch orientierten, aber grundsätzlich toleranten und demokratischen Prinzipien gegenüber offenen Parteien nicht von vornherein kategorisch auszuschließen, sondern gezielt nach Partnern im Bereich der Parteienzusammenarbeit zu suchen und diese langfristig an demokratische Wertvorstellungen zu binden. Als Qualifikationskriterien für eine Zusammenarbeit sollten das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaat, zu einer pluralistischen Gesellschaft und zu religiöser Toleranz sowie zur Wahrung des inneren und äußeren Friedens gelten.

Außerdem macht das Beispiel Indonesien klar, dass die Wahlergebnisse islamischer Parteien nicht grundsätzlich ein Indikator für die in der Bevölkerung vorherrschende Stimmung sein müssen. Ein schwaches oder stagnierendes Abschneiden islamischer und islamistischer Parteien an den Wahlurnen bedeutet nicht gleichzeitig, dass auch der politische Islam im Allgemeinen an Bedeutung verliert. Dafür kann es ein ganzes Bündel verschiedener Faktoren geben, angefangen von der zunehmenden Islamisierung ehemals säkular-nationalistischer Parteien bis hin zum Glaubwürdigkeitsverlust aufgrund der Verwicklung in Skandale. Eine derartige Entwicklung ist auch in Ländern der arabisch-islamischen Welt nicht auszuschließen. Wenn politische Parteien mit islamischer Ausrichtung allerdings nicht länger in der Lage sind, die Stimmungen und Interessen der Bevölkerung zu repräsentieren und in Richtung Regierung zu kanalisieren, dann besteht wie in Indonesien die Gefahr, dass sich andere, oftmals gewaltbereite Gruppen außerhalb des Parteienspektrums die gesellschaftliche Stimmung zu Nutze machen und an Einfluss und Gestaltungsmacht gewinnen. In der Regel sind allerdings die islamischen Parteien sehr daran interessiert, selbst die einzig legitimen, authentischen und vertrauensvollen Vertreter des politischen Islam in ihren jeweiligen Ländern zu sein und auch zu bleiben. Hier kann lokales und internationales Engagement ansetzen, um in Zusammenarbeit mit islamischen Parteien die handwerklichen, personellen und inhaltlichen Voraussetzungen und Chancen für eine angemessene politische Repräsentation der Interessen und Bedürfnisse der Muslime im Land zu schaffen.